



GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT

Wo Wirtschaft Grenzen überschreitet, muss Politik das erst Recht! Auf eine globalisierte Welt antworten wir mit einem sozialen Europa. Wir wollen die Grundrechte im europäischen Binnenmarkt stärken. Wirtschaftliche Grundfreiheiten dürfen keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten haben. Das Gegenteil ist der Fall: Im Zweifel müssen soziale Grundrechte vorgehen. Das gehört für uns zum Kern des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells - unser Ziel ist die Verbindung wirtschaftlichen Wachstums mit sozialer Gerechtigkeit und

starken Rechten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Der europäische Arbeitsmarkt ist längst Realität. Etwa 14 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union arbeiten und leben im europäischen Ausland. Dennoch werden die Regeln für diesen internationalen Arbeitsmarkt hauptsächlich auf nationaler Ebene aufgestellt. Die wenigen bislang aufgestellten europäischen Regelungen sind entweder nicht verbindlich oder werden nicht kon-

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

sequent umgesetzt. Briefkastenfirmen, Lohn- und Sozialdumping, geringer oder kein Gesundheitsschutz – kurz: prekäre Arbeitsverhältnisse sind für viele Beschäftigte Realität.

In einigen EU-Mitgliedstaaten ist jeder zweite junge Mensch trotz bester Qualifikation ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote in Europa ist alarmierend. Auch wegen der damit einhergehenden Ausgrenzung. Faire, existenzsichernde Löhne und gleiche Chancen für alle sind schließlich Voraussetzungen für die Teilhabe am Wohlstand. Beschäftigte müssen mitbestimmen können. Auch auf europäischer Ebene sind starke Gewerkschaften deshalb unverzichtbar.

Nur ein Europa des sozialen Fortschritts wird langfristig Wohlstand und Beschäftigung für die Menschen sichern. Wirtschaftlicher Fortschritt und soziale Gerechtigkeit müssen wieder Hand in Hand gehen und gute Arbeit das Leitprinzip europäischer Politik werden.

1. INVESTITIONEN IN GUTE ARBEITSPLÄTZE

Obwohl es Zeichen der wirtschaftlichen Erholung in der EU gibt, ist die Arbeitslosigkeit weiterhin erschreckend hoch. Vor allem junge Menschen, Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose haben Schwierigkeiten, einen guten und langfristigen Arbeitsplatz zu finden. Wenn Europa wettbewerbsfähig bleiben soll, muss die Arbeitslosigkeit gesenkt und die Qualität der Arbeit erhöht werden. Bei allen Investitionen sollte daher die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze Priorität haben. Wir fordern die Umsetzung der Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung oder dem Arbeitsplatzverlust innerhalb von vier Monaten einen neuen Arbeitsplatz garantiert. Um Jugendarbeitslosigkeit effektiv zu

bekämpfen, fordern wir eine Aufstockung der Mittel für die Jugendgarantie auf 21 Milliarden Euro. Diese Summe empfiehlt die Internationale Arbeitsorganisation ILO zur konsequenten Umsetzung der Jugendgarantie in der EU. Außerdem fordern wir ein europäisches Programm zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit.

2. FAIRE LÖHNE

Einer Arbeit nachzugehen bedeutet heute nicht mehr, dass man genug Geld zum Leben hat. In Folge der Kürzungspolitik breiten sich gesellschaftliche Ungleichheit und Armut aus: Seit der Krise leben sieben Millionen Menschen mehr in Armut. Wir müssen diese wachsende Ungleichheit bekämpfen. Beschäftigte dürfen nicht ohne sozialen Schutz bleiben. Vollzeitstellen müssen ein Leben in Würde ermöglichen. Faire Einkommen sind ein wesentlicher Punkt, um Ungleichheit zu bekämpfen. Auch wenn Lohngestaltung keine EU-Kompetenz ist, wurden doch als neoliberale Reaktionen auf die Krise Mindestlöhne gekürzt, Tariflöhne nicht erhöht und das Recht auf Kollektivverhandlungen teilweise eingeschränkt. Dieser Trend muss umgekehrt werden. Wir fordern eine europäische Rahmenrichtlinie für Mindestlöhne und das Engagement für ein Mindesteinkommen!

3. STARKE ARBEITNEHMERRECHTE

Profit der Konzerne oder Arbeitnehmerrechte, was geht vor? Die Menschen natürlich! Die Garantie fundamentaler sozialer Rechte ist aber gerade in Zeiten der Globalisierung eine stetige Herausforderung. Gerade konservative und neoliberale Parteien geben ihr Bestes, um unter dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit Mitbestimmung, Sozial- und Beschäftigungsstandards zu senken. Durch die technologische Entwicklung

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT



und Digitalisierung verändert sich auch die Arbeitswelt. Der Anstieg atypischer Arbeitsverhältnisse wie zum Beispiel Null-Stunden-Verträge, Arbeit auf Abruf und Crowd-Working sowie der Anstieg von Scheinselbstständigen macht eine Anpassung auf europäischer Ebene dringend notwendig. Vertretung der Beschäftigten in den Unternehmen muss dem Wandel angepasst und gestärkt, die Umgehung bestehender Arbeits- und Sozialstandards verhindert werden. Darüber hinaus brauchen wir ein europäisches Statut, das die Rechte aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa schützt. Der Gesetzgeber muss die gewerkschaftliche Organisation unterstützen.

4. HOHE GESUNDHEITS- UND SICHERHEITSSTANDARDS AM ARBEITSPLATZ

Am Arbeitsplatz sollten die höchsten Gesundheits- und Sicherheitsstandards herrschen - unabhängig von der Größe der Firma, vom Arbeitsvertrag oder vom EU-Mitgliedstaat, in dem die Arbeit geleistet wird. Unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus werden Standards gesenkt. Dabei sind die geringen Arbeits- und Sicherheitsstandards auf lange Sicht gesehen richtig teuer, nicht nur für Beschäftigte, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber - sondern für die Gesellschaft als Ganzes. Daher for-

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament



© Alexander Ratjts - Fotolia.com

dern wie eine klare Strategie für die Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die auch neue berufsbedingte Krankheiten wie Muskelerkrankungen, neue toxische Stoffe oder psychische Erkrankungen einbezieht. Außerdem müssen alle Beschäftigten vor zu langen Arbeitszeiten geschützt werden – durch die strikte Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie.

5. FAIRE MOBILITÄT

Die Freizügigkeit der Beschäftigten ist ein Grundwert der Europäischen Union und zugleich Teil ihrer Erfolgsgeschichte. Allerdings führen fehlende europäische Regelungen beziehungsweise der Mangel an effektiver Umsetzung bestehender Regelungen zu Sozialdumping und unfairer Wettbewerb. Dieser Dumpingwettbewerb geschieht branchenübergreifend – von der Baubranche über den Güterverkehr bis hin zum Flugsektor. Unfairer Wettbewerb geht nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern benachteiligt auch alle Unterneh-

men, die sich an die Regeln halten. Es ist für uns inakzeptabel, dass skrupellose Firmen ihre Gewinne steigern, indem sie Menschen ausbeuten, kaum Lohn zahlen und keinerlei sozialen Schutz gewähren. Gerade im Rahmen der grenzüberschreitenden Arbeit brauchen wir eine deutliche Verbesserung der bestehenden Regelungen für europäische Beschäftigte - auch für Beschäftigte, die von außerhalb der EU auf unseren Arbeitsmarkt kommen. Das Prinzip muss dabei lauten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Damit die Regelungen auch umgesetzt werden können, fordern wir effizientere europäisch organisierte Kontrollen.

6. WIRKSAMER SCHUTZ VOR ALTERSARMUT

Rente darf nicht in die Armut führen. Um Beschäftigte nach dem Erwerbsleben gegen Altersarmut abzusichern, muss der Gesetzgeber Systeme zur Rentenversicherung stärken. Renten müssen unter den Bedingungen der

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Mobilität und der nicht-geradlinigen Erwerbsbiographie „armutsfest“ sein. Dazu muss die staatlich organisierte, gesetzliche Rentensäule gestärkt werden. Private Altersvorsorge darf nicht zur wichtigsten Säule des Rentensystems werden. Grenzüberschreitende Mobilität wird auch beim Thema Renten immer wichtiger. Wir müssen sicherstellen, dass Beschäftigte keine Rentenansprüche verlieren. Portabilität, nicht nur von staatlicher Altersvorsorge, sondern auch von Zusatzrenten, ist daher zwingend erforderlich.

SCHLUSSWORT

Europas Erfolg stützt sich auf den gemeinsamen Binnenmarkt, und der kann langfristig nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger davon profitieren. Der Wettbewerb um den billigsten Arbeitsplatz muss aufhören. Klare Rechte und Regelungen zum Schutz der Beschäftigten sowie effektive Kontrollen ihrer Umsetzung sind Grundlage eines sozialen und erfolgreichen Europas. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe der Politik, der Unternehmen, der Gewerkschaften und der sozialpolitischen Nichtregierungsorganisationen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss das Prinzip europäischer Beschäftigungspolitik werden!



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Stand Dezember 2015

KONTAKT / HERAUSGEBER

Büro Berlin:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: + 49 30 2277 1273
E-Mail: europabuero.spd@bundestag.de

Büro Brüssel:

Europäisches Parlament
Fraktion der S&D
Deutsche Delegation
Rue Wiertz
1047 Brüssel / Belgien
Telefon: + 32 2 284 3190
E-Mail: s-d.delegationDE@ep.europa.eu